

Steuern in Bornheim steigen weiter

Stadtrat erlässt neue Hebesatzung

BORNHEIM. Zum 1. Januar 2018 werden die Steuern in Bornheim weiter steigen. Gegen die Stimmen von FDP, ABB, Grüne, Linke und UWG – bei Enthaltung von Manfred Quadt-Herte (Grüne) – hat der Stadtrat am Donnerstag die Erhöhung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuern beschlossen – wie es innerhalb des Haushaltssicherungskonzepts vorgesehen ist.

Aktuell liegen die Hebesätze für die Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) bei 290 Punkten, die Grundsteuer B (bebaute und unbebaute Grundstücke) bei 595 Punkten sowie für die Gewerbesteuer bei 485 Punkten. Ab dem 1. Januar 2018 wird der Hebesatz für die Grundsteuer A bei 290 Punkten bleiben, der Hebesatz für die Grundsteuer B steigt auf 645 Punkte, für die Gewerbesteuer auf 490 Punkte.

Keinen Erfolg hatte die FDP mit einem Vorstoß, die Steuerbelastung zu senken. „Der Rhein-Sieg-Kreis senkt die Kreisumlage für Bornheim um 1,3 Millionen Euro. Diesen Betrag würden wir gerne komplett als Entlastung für die Bürger weiterreichen“, teilte der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Koch per Pressemitteilung mit. Aus Sicht der FDP hat die Stadt noch nicht alle Sparpotenziale ausgeschöpft. „Wir würden lieber den Gürtel der Stadt enger schnallen als den Bürgern und Betrieben weitere Steuererhöhungen aufzubürden“, meinte Koch.

Sozialdemokraten kritisieren Vorstoß der FDP

Ebenfalls per Pressemitteilung übte die SPD Kritik an der FDP. „Wir wären als SPD-Fraktion sehr gerne in die Richtung gegangen; den Bürgern eine Entlastungsperspektive zu bieten, haben jedoch zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir die angespannte finanzielle Gesamtsituation nicht ausblenden können“, teilte der SPD-Fraktionschef Wilfried Hanft mit. Es sehe aber weiter so aus, dass die Stadt 2018 trotz aller Anstrengungen und Konsolidierungen noch ein Defizit von acht Millionen Euro hat.

Zu der Aussage, dass die Sparpotenziale der Stadt nicht ausgeschöpft seien, merkte die SPD an, dass bei den Haushaltsplanberatungen vonseiten der FDP kein ernst zu nehmender Sparvorschlag eingegangen sei – „skurriler geht es also nicht“, so Hanft. *meu/wso*